S 17 RJ 772/98

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	19
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 17 RJ 772/98
Datum	17.02.2000

2. Instanz

Aktenzeichen	L 19 RJ 216/00
Datum	24.01.2001

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 17.02.2000 wird zurückgewiesen.
- II. Die Beklagte hat der Klägerin die außergerichtlichen Kosten des Berufungsverfahrens zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um Leistungen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit für die Zeit vom 01.08.1999 bis 31.01.2001.

Die am 19.11.1954 geborene Klägerin hat bis 1976 ihren von 1969 bis 1971 erlernten Beruf einer Backereifachverkäuferin ausgeübt; vom 28.01.1991 bis 30.06.1992 arbeitete sie versicherungspflichtig als Kantinengehilfin. Anschließend war sie arbeitsunfähig und arbeitslos.

Am 01.09.1997 beantragte die Klägerin zum wiederholten Male wegen "Asthma und Muskel- und Weichteilrheuma" Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Die Beklagte ließ die Klägerin chirurgisch (Gutachten Dr.P 1997/10/10)

vom 11.12.1997), neurologisch-psychiatrisch (Gutachten Dr.B â€¦ vom 19.01.1998) und internistisch (Gutachten Dr.G â€¦ vom 23.01.1998) untersuchen. Nachdem die Ã¤rztlichen SachverstÃ¤ndigen Ã¼bereinstimmend zu dem Ergebnis gelangt waren, der KlÃ¤gerin seien mit EinschrÃ¤nkungen zumindest noch leichte TÃ¤tigkeiten vollschichtig zumutbar, lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 04.02.1998 die GewÃ¤hrung von Rentenleistungen ab. WÃ¤hrend des Widerspruchsverfahrens bewilligte die Beklagte der KlÃ¤gerin ein stationÃ¤res Heilverfahren, das vom 30.04. bis 20.05.1998 durchgefÃ¼hrt wurde. Im Entlassungsbericht der Klinik Bad R â€¦ wurde die KlÃ¤gerin fÃ¼r vollschichtig einsetzbar fÃ¼r leichte Arbeiten befunden. Die Beklagte wies den Widerspruch der KlÃ¤gerin als unbegrÃ¼ndet zurÃ¼ck (Widerspruchsbescheid vom 27.07.1998).

Das hiergegen angerufene Sozialgericht NÃ¼rnberg (SG) hat Befundberichte des Neurologen und Psychiaters Dr.F â€¦ und der AllgemeinÃ¤rzte Dres W â€¦, nebst deren Unterlagen zum Verfahren beigezogen. Der Internist und Sozialmediziner Dr.GÃ¼ â€¦ ist im Gutachten vom 28.01.1999 zu der Beurteilung gelangt, der KlÃ¤gerin seien leichte Frauenarbeiten im Wechselrhythmus vollschichtig zumutbar. Nach Beinahme weiterer Befundberichte und eines Arztbriefes des Rheumazentrums Bad A â€¦ Ã¼ber den stationÃ¤ren Aufenthalt der KlÃ¤gerin vom 03. bis 13.05.1999 hat die NervenÃ¤rztin Dr.O â€¦ das Gutachten vom 15.11.1999 erstattet. Sie ist zu der Auffassung gelangt, die KlÃ¤gerin sei seit Januar 1999 (Suizid des Sohnes) nur noch im Umfang von halb bis untermittelschichtig einsetzbar. Nach AusschÃ¶pfung der bereits begonnenen therapeutischen MaÃnahmen sei die Chance gÃ¼nstig, dass wieder ein vollschichtiges LeistungsvermÃ¶gen erreicht werde. Dieser Leistungsbeurteilung hat sich das SG angeschlossen und die Beklagte mit Urteil vom 17.02.2000 verpflichtet, der KlÃ¤gerin Rente wegen ErwerbsunfÃ¤higkeit (EU) auf Zeit ab 01.08.1999 bis einschlieÃlich Januar 2001 nach MaÃgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu leisten: Im Vordergrund stÃ¼nden bei der KlÃ¤gerin die GesundheitsstÃ¶rungen auf psychiatrischem Gebiet. Es bestehe daneben der dringende Verdacht auf ein Fibro- myalgiesyndrom is einer psychosomatischen Symptombildung mit begleitender reaktiv-depressiver Verstimmung, wobei eine akute Dekompensation nach dem Suizid des Sohnes eingetreten sei. Dies habe zur Folge, dass die KlÃ¤gerin derzeit nur untermittelschichtig einsatzfÃ¤hig sei. Nach ca. zwei Jahren kÃ¶nne bei erfolgreicher psychotherapeutischer Behandlung wieder ein vollschichtiges LeistungsvermÃ¶gen erreicht werden.

Gegen dieses Urteil richtet sich die Berufung der Beklagten. Zur BegrÃ¼ndung bezieht sie sich auf die Stellungnahme der Ã¤rztin fÃ¼r Neurologie und Psychiatrie Dr.B â€¦ vom 10.04.2000. Es stelle sich nun die Frage, welche Auswirkungen die mittlerweile eingeleitete Psychotherapie auf die psychische Verfassung habe. Dabei sei es nicht auszuschlieÃen, dass es wÃ¤hrend eines psychotherapeutischen Prozesses zu einer krisenhaften Verschlechterung der psychischen Situation kommen kÃ¶nne. Zwischen der gutachterlichen Untersuchung im Januar 1998 und der Untersuchung durch Frau Dr.O â€¦ im November 1999 sei jedoch eine gravierende anhaltende Verschlechterung der psychischen Verfassung der KlÃ¤gerin nicht zu erkennen. Die KlÃ¤gerin werde deshalb weiterhin fÃ¼r fÃ¤hig erachtet, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bei Vermeidung von Zeitdruck sowie

Nacht- und Wechselschicht leichte bis mittelschwere körperliche Arbeiten vollschichtig verrichten.

Der Senat hat Befundberichte des Neurologen und Psychiaters Dr. F. ..., des Dipl. Psychologen Pr. ..., der Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgin Dr. G. ..., der Augenärztin Dr. Ge. ... und der Allgemeinmediziner Dres. W. ... sowie Kopien der Unterlagen des Stadtkrankenhauses Sch. ... zum Verfahren beigezogen.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des SG Nürnberg vom 17.02.2000 aufzuheben und die Klage gegen den Bescheid vom 04.02.1998 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 27.07.1998 abzuweisen.

Die Klägerin beantragt,

die Berufung der Beklagten zurückzuweisen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird zur Ergänzung des Tatbestands auf die bereits genannten Unterlagen, die Streitakten erster und zweiter Instanz, die Unterlagen der Beklagten und die vom Senat beigezogenen früheren Klageakten des SG Nürnberg S 3 Ar 309/94, S 17 Ar 805/96 und S 2 U 372/98 Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der Beklagten ist form- und fristgerecht eingelegt ([§ 143](#), [151](#) Sozialgerichtsgesetz -SGG-) und auch im Äußerlichen zulässig. Das Rechtsmittel erweist sich jedoch als nicht begründet. Das SG hat zutreffend entschieden, dass der Klägerin vom 01.08.1999 bis 31.01.2001 Rentenleistungen wegen EU zustehen, [§ 44 Abs 2](#), [102 Abs 2](#) Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI). Die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Rentengewährung sind nach den Feststellungen der Beklagten erfüllt.

Nach Auffassung des Senats ist das SG zu Recht der Leistungsbeurteilung der von ihm gehörten ärztlichen Sachverständigen Dr. O. ... im Gutachten vom 15.11.1999 gefolgt. Schließlich und überzeugend hat Dr. O. ... begründet, dass neben dem weiterbestehenden Verdacht auf Vorliegen eines Fibromyalgiesyndroms es einer psychosomatischen Symptombildung mit begleitender reaktiv-depressiver Verstimmung bei der Klägerin eine akute psychische Dekompensation nach dem Suizid des Sohnes im Januar 1999 eingetreten ist; infolge dieses Ereignisses hatten sich die depressiven Verstimmungen und die Panikattacken bei der Klägerin verstärkt. Hieraus hat Dr. O. ... abgeleitet, dass gegenüber den früheren Gutachten eine Zunahme der psychischen Problematik unschwierig festzustellen war, was als Trauerreaktion zu interpretieren ist. Die schon vorher bestehenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen auf psychosomatischem Fachgebiet haben sich durch den Todesfall richtungsgebend verschlechtert. Unabhängig von den gutachtlichen Feststellungen haben die Ermittlungen des Senats ergeben, dass die Klägerin während des Jahres 2000 insgesamt sechs Mal stationär behandelt

werden musste. So war sie vom 24. bis 31.03. und 15. bis 17.04.2000 wegen Asthma im Stadtkrankenhaus Sch. und vom 18. bis 23.04. wegen der Diagnosen Fibromyalgiesyndrom und Asthma bronchiale im Rheumazentrum Bad A. in Behandlung. Vom 13.06. bis 01.07. erfolgte Behandlung wegen Bronchienentzündung und Asthma bronchiale, vom 17.11. bis 22.11. wegen der exacerbierten chronisch obstruktiven Atemwegserkrankung und Hyperlipidämie und schließlich vom 30.11. bis 06.12.2000 wegen Bronchienentzündung und infektiös-exacerbiertes COB im Stadtkrankenhaus Sch. Zudem wurde am 12.10.2000 eine Kieferarthroskopie durchgeführt. Diese Vielzahl stationärer Behandlungen zeigt einerseits das mehrschichtige Krankheitsbild der Klägerin auf und bedeutet andererseits, dass die Klägerin für das gesamte Jahr 2000 nicht oder allenfalls nur kurzfristig für erwerbsbringende Arbeiten zur Verfügung stand (wenn auch die einzelnen Behandlungen für sich jeweils nur Zeiten der Arbeitsunfähigkeit bedeuten mögen).

Bei Gesamtwürdigung aller bei der Klägerin vorliegenden Gesundheitsstörungen hat der Senat keine Zweifel daran, dass die Klägerin im streitigen Zeitraum erwerbsunfähig war, da ihr Leistungsvermögen in den Bereich unter vollschichtig abgesunken war. Die Berufung der Beklagten war daher zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#) (Fassung des Tenors lt. Berichtigungsbeschluss vom 24.01.2001).

Gründe für die Zulassung der Revision nach [Â§ 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 05.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024